

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Medizinische Versorgung von Long- und Post-Covid-Patient*innen – was tut und plant Bremen?

Für viele Menschen bedeutet eine überstandene Corona-Infektion noch nicht das Ende der Erkrankung. Sie leiden Wochen und Monate später noch an Symptomen, körperlichen Einschränkungen unterschiedlichster Formen und Ausprägungen. Erkenntnisse zu Long und Post Covid gibt es noch nicht viele, medizinische Expertise ist nicht umfassend vorhanden. Die Diagnostik und Differenzierung zu anderen Erkrankungen ist oft unklar und mühsam. Die Betroffenen fühlen sich hilflos, verunsichert und haben berechtigte Zukunftsängste. Oft sind sie nicht in der Lage, ihren gewohnten Alltag zu bewältigen und den Berufsalltag im bisher geleisteten Umfang zu schaffen.

In Bremen hat sich über die Kassenärztliche Vereinigung das Long-Covid-Netzwerk Bremen gegründet. Dies ist ein Zusammenschluss aus derzeit 17 Mitgliedern, die sich zum Ziel gesetzt haben, eine Informationsplattform zu errichten, über ihre Vernetzung Synergien zu schaffen, Behandlungspfade aufzubauen, Fortbildungen anzubieten oder die Zusammenarbeit mit Forschungsstellen zu intensivieren.

Aus Sicht vieler Betroffener gibt es bisher im Land Bremen aber noch zu wenige passgenaue Hilfeangebote. Zudem ist oft schwer auszumachen, welche die richtigen Anlaufstellen sind.

Wir fragen den Senat:

1. Gibt es in Bremen eine zentrale Anlaufstelle, an die sich Bürger*innen wenden können, um sich über Long bzw. Post Covid fachlich beraten lassen zu können?
 - a) Wenn ja: Wie ist diese erreichbar, wie ist sie besetzt und wie wird sie beworben?
 - b) Wenn nein: Ist eine solche Anlaufstelle geplant?
2. Gibt es für das Land Bremen statistische Erhebungen über die Anzahl der betroffenen Menschen mit Long- oder Post-Covid-Erkrankungen?
 - a) Wenn ja: Bitte die vorliegenden Erkenntnisse darstellen, möglichst differenziert nach Schwere der Erkrankung bzw. nach Krankheitsbild.
 - b) Wenn nein: Was sind die Gründe für die mangelhafte Datenlage und inwieweit ist insofern eine Verbesserung geplant?
 - c) Welche Erkenntnisse hat der Senat über eine signifikant höhere Betroffenheit von Frauen und die Gründe hierfür?
3. Wie bewertet der Senat den Wissensstand in der Bevölkerung in Bezug auf Long/Post Covid und welche Möglichkeiten sieht er, die gesundheitliche Aufklärung zu verbessern?
4. Reichen die derzeitigen medizinischen und psychosozialen Angebote im Land Bremen aus Sicht des Senats aus, um alle Betroffenen fachlich gerecht zu versorgen? Bitte die konkreten, auf Long/Post Covid bezogenen Angebote darstellen.

5. Wie sind die Selbsthilfe-Strukturen im Land Bremen in Bezug auf Long/Post Covid aufgestellt?
6. Inwieweit sind bremische Akteur*innen Mitglied in bundesweiten Netzwerken zu Long/Post Covid?
7. Welche Kliniken in Bremen bieten Long Covid Behandlungen an oder weisen ihre Expertise aus? Hat Bremen eine Kooperation mit einer Uniklinik, wohin Bremer Patient*innen nach Bedarf überwiesen werden können?
8. Sind weitere ambulante Versorgungsangebote geplant und wenn ja, wo und ab wann?
9. Welche Reha-Einrichtungen werden oder haben sich bereits auf diese Symptomatik spezialisiert, wie werden diese Angebote derzeit frequentiert und welche Warte- bzw. Bewilligungszeiten sind üblich?
10. Welche wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen widmen sich der Erforschung der Langzeitfolgen von Covid-19-Infektionen bzw. sind an der Erforschung beteiligt? Welche Forschungsprojekte werden von der öffentlichen Hand gefördert (bitte einzeln auszuweisen mit Forschungsziel, Forschungsmittelhöhe und Projektkterminierung)?
11. Welche konkreten Beratungs- und Eingliederungsangebote gibt es für Long-Covid-Betroffene, um eine Reintegration ins Erwerbsleben zu ermöglichen, insbesondere auch für Patient*innen, die sich außerhalb des Betriebs infiziert hatten?
12. Wie bewertet der Senat die medizinische und psychosoziale Versorgungslage im Land Bremen in Bezug auf ähnliche Krankheitsbilder, wie das Post-Vac-Syndrom oder ME/CFS, und inwieweit plant er insoweit Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung?

Beschlussempfehlung:

Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen